



Schützenpanzer „Marder“ in Afghanistan

MICHAEL KAPPELER / DDP

Rüstungshilfe „Marder“-Panzer für Jordanien

Deutschland rüstet Jordanien und Tunesien für den Kampf gegen die Ausbreitung der Terrororganisation „Islamischer Staat“ (IS) auf. Berlin hat der Regierung in Amman zugesagt, die Armee mit „Marder“-Schützenpanzern auszustatten. Diese sollen helfen, die Grenze zu Syrien zu sichern, wo der IS große Gebiete kontrolliert. In einer

ersten Tranche bekommt Jordanien 25 Millionen Euro, um die Panzer kaufen zu können.

Das Budget stammt aus einem neu aufgelegten Topf von 100 Millionen Euro. Damit wollen das Auswärtige Amt und das Wehressort Partnerstaaten südlich der EU bei der Krisenprävention stärken. Auch Tunesien wird mit einem zweistelligen Millionenbetrag unterstützt. Im Nachbarland Libyen breitet sich der IS ebenfalls aus. mgb

IS-Rückkehrer Kontakt zum Planer der Paris-Anschläge

Der Bremer Harry S., der sich in Syrien dem sogenannten Islamischen Staat angeschlossen haben soll, traf dort den mutmaßlichen Drahtzieher der Pariser Anschläge vom November, Abdelhamid Abaaoud. Auf Fotos, die dem 27-Jährigen in Vernehmungen vorgelegt wurden, erkannte er den belgischen Islamisten wieder. S. sagt, er habe sich im Norden Syriens kurze Zeit mit Abaaoud und weiteren französischsprachigen Kämpfern im selben Haus aufgehalten. Während seiner Zeit in Syrien sei er mehrfach von IS-Männern gefragt worden, ob er in Deutschland Anschläge verüben wolle. Dazu sei er aber nicht bereit gewesen. Im Sommer 2015 kehrte Har-

ry S. nach Deutschland zurück und zeigte sich nach seiner Verhaftung reuig. Vergangene Woche hat der Generalbundesanwalt gegen ihn wegen mutmaßlicher Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung Anklage erhoben. wow



Harry S.

Entwicklungshilfe Tricks mit der Quote

Die Ausgaben der Bundesregierung für Entwicklungshilfe sind im vergangenen Jahr deutlich angestiegen und liegen voraussichtlich bei 0,52 Prozent des Bruttonationaleinkommens. 2014 waren es noch 0,42 Prozent. Dies geht aus der Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage des Linken-Abgeordneten Niema Movassat hervor. Bewirkt haben den Anstieg die zunehmenden Aufwendungen für Flüchtlinge im Inland. Laut der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) dürfen Mittel für Verpflegung, Unterkunft und Grundbildung in den ersten zwölf Monaten zu den Entwick-

lungshilfeausgaben hinzugezählt werden. Für Deutschland hat die OECD diese Kosten 2015 auf 2,7 Milliarden Euro veranschlagt. Auch die Ausgaben für die Studienförderung oder Stipendien ausländischer Studenten in Deutschland – 2014 immerhin 795 Millionen Euro – fließen in die Quote ein. Dadurch ist die Bundesregierung dem selbst erklärten Ziel einer Entwicklungshilfequote von 0,7 Prozent deutlich nähergekommen. Movassat kritisiert, dass die eingerechneten Ausgaben mit Entwicklungshilfe nichts zu tun hätten: „Nicht einmal die Bundesregierung sieht darin irgendeinen entwicklungspolitischen Mehrwert.“ Nach seinen Berechnungen liegt eine bereinigte Quote für 2015 bei maximal 0,23 Prozent. kn



Erleuchtete Häuser im Berliner Bezirk Marzahn-Hellersdorf

PAUL LANGROCK / AGENTUR ZEIT

Strompreise Seehofers Schwenk

Damit die Strompreise nicht weiter steigen, will CSU-Chef Horst Seehofer einen staatlichen Fonds zur Finanzierung der Energiewende einrichten. Er habe über eine solche Lösung bereits mit Bundeskanzlerin Angela Merkel gesprochen, sagte Seehofer auf einer Sitzung des CSU-Vorstands am Montag. Seehofer wies darauf hin, dass die sogenannte EEG-Umlage für erneuerbare Energien künftig um einen Cent steigen werde und damit auch der Strompreis für die Endverbraucher. Die CSU müsse sich angesichts der im kommenden Jahr anstehenden Bundestagswahl

als Garant für einen stabilen Strompreis präsentieren. Die EEG-Umlage soll nach dem Fondsmodell nur noch bis zu einer bestimmten Höhe auf die Stromkunden umgelegt werden, der Rest würde aus einem staatlichen Fonds bezahlt.

Der CSU-Vorsitzende vollzieht damit einen Kurswechsel. Als die bayerische Wirtschaftsministerin Ilse Aigner vor rund zwei Jahren die Einrichtung eines entsprechenden kreditfinanzierten Fonds vorgeschlagen hatte, pfiff Seehofer sie zurück. „Wir dürfen den künftigen Generationen nicht die Energiekosten von heute zusätzlich aufbürden. Das wäre keine nachhaltige Politik“, sagte er seinerzeit. ran